



Seite 2:
Neue Linksfraktion im Landtag



Seite 4:
CSD in Schönebeck



Seite 5:
Mehr Geld für Kleingartenvereine

DIE LINKE ZEITUNG

7+8 / 2021

Spende erbeten

Zeitung der Partei DIE LINKE des Kreisverbandes Salzlandkreis

„Wir stellen die Verteilungsfrage“

Digitalparteitag beschließt Wahlprogramm

Schon unter normalen Umständen ist ein digitaler Parteitag eine Herausforderung für alle Beteiligten. Doch an diesem Wochenende herrschen keine normalen Umstände, sondern tropische Temperaturen. Es ist einfach zu heiß, auch in den Berliner Reinbeckhallen, wo die Tagungsleitung sitzt, werden über 30 Grad gemessen. Da machen gleich mehrere Computer schlapp, weil die Lüfter nur heiße Luft ansaugen können. Trotzdem muss der Parteitag nie länger unter- oder gar abgebrochen werden.

Tropische Hitze, sachliche Diskussionen

Alles andere als heiße Luft ist hingegen das, was hier diskutiert wird. Schließlich geht es ums Wahlprogramm der LINKEN. Auf diesem Programmparteitag melden sich vor allem jene zu Wort, die Änderungsanträge eingebracht hatten. Über 1000 Änderungsanträge zum Leit Antrag, aus dem einmal das Wahlprogramm werden soll, hat es im Vorfeld gegeben. Viele Anträge konnten bereits im Vorfeld vom Parteivorstand und der Antragskommission „abgeräumt“ werden. Dafür hatte der Parteivorstand eigens Zuständige für die einzelnen Abschnitte des Leit Antrags bestimmt, die sich dann bei den jeweiligen



Präsentation des Wahlprogrammes; Foto: privat

Diskussionen der Antragskommission einbringen konnten. Doch nicht alle Anträge konnten so aufgefangen werden. Und so wurde auf dem Digital-Parteitag eifrig diskutiert. Für Außenstehende nicht immer einfach zu verfolgen, weil sich die Änderungsanträge auf bestimmte Formulierungen in den dicken

Antragsheften bezogen-Inhalte

Allen Genossinnen und Genossen war klar: Von diesem Parteitag soll auch ein Signal ausgehen. Ein Signal des Aufbruchs und der Einigkeit. In den letzten Wochen machte die Partei vor allem mit öffentlich ausgetragenen

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Diskussionen von sich reden. Das schlägt sich auch in den Umfragewerten nieder. Auch das Abschneiden bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt brachte nicht den erhofften Rückenwind für die Bundestagswahl im September. Zuvor hatte die Partei schon in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg enttäuschend abgeschnitten.

„Wir gehen nicht zu Boden!“

Auch Susanne Hennig-Wellsow ging in ihrer Rede auf die Probleme ein: „Ich spüre selber auch den Ärger und die Wut darüber, dass wir auch in den eigenen Reihen diskutieren - nicht immer auf eine sehr produktive Art und Weise. Und ich spüre auch, dass es eine gewisse Angst oder Furcht gibt, dass wir das alles nicht schaffen. Aber ich kann Euch eines versprechen: Wir gehen nicht zu Boden“. Die Thüringerin machte zudem deutlich, wofür sie kennt: „Ich will, dass es den Menschen nach dem 26.9. besser geht. Das treibt mich an.“ Gleichzeitig warnte Hennig-Wellsow vor Union und FDP: „Die soziale Frage ist uns als Kern in die Gene geschrieben. Was uns blüht: Wenn die CDU in die Regierung kommt, wenn die FDP in die Regierung kommt, dann bedeutet das faktisch einen Kampf gegen die Armen.“

„Wir stellen die Verteilungsfrage, und zwar sehr grundsätzlich“, betonte Spitzenkandidat Dietmar Bartsch in seiner Rede am Sonntag.

„Wir wollen eine Steuerreform, die den Großteil der Bevölkerung entlastet“. Alle anderen sollen deutlich stärker zur Kasse gebeten werden. „Wir sind bereit, uns mit den Mächtigen anzulegen“, sagte Bartsch und verwies auf die Klatten-Familie, die Milliarden besitzt und Anteile am Autokonzern BMW hält.

Umverteilen von oben nach unten

Auch Janine Wissler als zweite Spitzenkandidatin machte klar, wofür DIE LINKE steht: „Umverteilung von oben nach unten“. Tatsächlich finden sich im Leittrag zum Parteitag konkrete Vorschläge, wie so eine Umverteilung aussehen könnte. So gibt es dort die Forderung nach einer Vermögenssteuer mit „geschätzten Einnahmen“ von jährlich über 50 Milliarden Euro. Auch wenn es mehr als 1000 Änderungsanträge gab, nahm der Parteitag keine grundlegenden Änderungen am Wahlprogramm mehr vor.

Niemand rüttelte an den Säulen dieses Programmtextes: Vermögensabgabe zur Finanzierung der Corona-Krise sowie eine Vermögenssteuer für Wohlhabende, ein garantiertes Mindesteinkommen von 1200 Euro, massiver Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs, eine Neubauoffensive für Sozialwohnungen im ganzen Bundesgebiet sowie 200 000 zusätzliche Pflegekräfte für Krankenhäuser und Altersheime. Dazu

ein Lohnplus von 500 Euro monatlich. DIE LINKE will zudem einen bundesweiten Mietendeckel und ein Neubauprogramm für Sozialwohnungen. Offenbar steht die überwältigende Mehrheit der Genossinnen und Genossen hinter dem Entwurf: Fast 90 Prozent der Delegierten stimmten für den Entwurf, nur 30 dagegen. Das rund 120-seitige Wahlprogramm trägt den Titel „Zeit zu handeln: Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit!“.

Ein Signal des Aufbruchs

Und so ging vom Parteitag tatsächlich das erhoffte Signal des Aufbruchs aus. DIE LINKE hat ein mutiges Wahlprogramm verabschiedet, das eventuelle Koalitionsverhandlungen mit den Grünen und der SPD nicht einfacher macht, dafür aber linke und progressive Akzente setzt. Dass der Klimawandel und die sozial gerechte Transformation der Wirtschaft zentraler Bestandteil des Programms geworden sind, beweist zudem, dass hier keine Ewiggestrigen am Werk sind, sondern Menschen, die in die Zukunft schauen. Und es ist ja auch eine Art Lob, wenn „Die Zeit“ im Anschluss an den Parteitag urteilt: „Im Programm der Linken finden sich viele Forderungen, die eine Regierungsbeteiligung schwierig machen dürften.“

Interview mit Janine Wissler und Dietmar Bartsch, LINKES Spitzenduo zur Bundestagswahl

Janine und Dietmar, ihr führt DIE LINKE als Spitzenduo in den Wahlkampf. Angesichts aktueller Umfragewerte keine leichte Aufgabe ...

Dietmar: Die Partei als Spitzenkandidat in den Wahlkampf führen zu dürfen, ist eine große Ehre. Eine Herausforderung und auch eine Freude. Wir wollen stärker werden als vor vier Jahren. Das ist möglich, wenn wir gemeinsam und geschlossen in die Auseinandersetzungen gehen. Wir müssen uns vor niemandem verstecken.

Janine: Es geht um viel in diesem Wahljahr. Unser Ziel ist klar: Wir wollen einen grundlegenden Politikwechsel in diesem Land. Soziale Garantien und Löhne, die für ein gutes Leben reichen. Wir kämpfen dafür, dass nicht die Beschäftigten die Kosten der Pandemie zahlen, sondern Superreiche und Krisengewinner wie Amazon. Ich freue mich auf einen entschlossenen und kreativen Wahlkampf mit all unseren Mitgliedern und vielen neuen Aktiven. Gemeinsam können wir einiges bewegen.

Habt ihr als Spitzenduo eine klare Aufgabenteilung? Sprecht ihr euch ab, wer welche Themen beachert?

Dietmar: Wir sprechen viel miteinander und miteinander ab und sind uns vor allem im Ziel einig. Deshalb läuft das auch reibungslos: Wir wollen einen erfolgreichen und begeisternden Bundestagswahlkampf auf

das Parkett legen. Die Partei motivieren und mitreißen und die Wählerinnen und Wähler begeistern. Eines ist doch klar: Je stärker DIE LINKE im September wird, desto gerechter das Land danach. Klar: Wir werden auch mal unterschiedliche Akzente setzen. Das ist doch ein Vorteil eines Spitzenduos.

Janine: Klar. Absprachen sind wichtig. Ein guter Wahlkampf lebt von Teamgeist, Engagement und guten Ideen. Die haben wir als gesamte Partei. Unsere Aufgabe als Spitzenduo ist es, möglichst viele Menschen davon zu überzeugen und die Partei in ihrer Breite mitzunehmen.

Wie kann sich DIE LINKE Gehör im Wahlkampf verschaffen? Welche Themen werden im Wahlkampf entscheidend sein?

Janine: Die Pandemie hat die Missstände noch deutlicher gezeigt. Uns geht es um Menschenwürde statt Pflegenotstand. Dafür brauchen wir ein Sofortprogramm für mehr Personal und bessere Bezahlung in der Pflege. Die Bundestagswahl wird zu einer Abstimmung über bezahlbare Mieten. Wir wollen einen bundesweiten Mietendeckel und Mietenstopp - das ist ein Akt der sozialen Notwehr. Und: Wir sind die einzige Partei, die für eine andere Wirtschaft kämpft, die gute Arbeit für alle und Klimaneutralität bis 2035 möglich macht. Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gehö-

ren untrennbar zusammen - und wer fürs Klima was bewegen will, muss den Mut haben, sich mit den Energiekonzernen anzulegen.

Dietmar: Die Große Koalition war von Anfang an eine Zwangsheirat. Entsprechend sind die Eheleute nie glücklich miteinander geworden. Corona hat das schlechte Regieren der Koalition ein Stück weit überdeckt und auch gerettet. Ohne Corona wäre diese Koalition vermutlich lange vorher am Ende gewesen. Statt das Land gut durch die Krise zu führen, haben sich einige in der Union mit Millionen an der Krise bereichert: „FC Eigene Tasche“. Wir sind übrigens die einzige Partei, die mit denen nicht koalieren wird. Die müssen raus aus dem Kanzleramt und den Ministersesseln. 16 Jahre Merkel lassen das Land gespalten zurück.

„Gemeinsam machen wir das Land gerecht“ - ist unser Slogan. Was muss den geschehen, damit es hier wieder gerecht zugeht?

Dietmar: Corona hinterlässt eine Schneise der Verwüstung im Land - politisch, sozial und finanziell. Während der größten Krise des Landes sind die ganz oben um Milliarden reicher geworden und die Verkäuferin oder der Krankenpfleger haben kaum etwas erhalten außer müdem Applaus. Diese Politik muss enden! Drei Projekte sind für mich ganz zentral: Die

Fortsetzung auf Seite 3

Fortsetzung von Seite 2

Mehrheit im Land verdient zu wenig und zahlt zu viel. Deshalb sagen wir: Für diese Krise müssen die Milliardäre und Multimillionäre zahlen. Mit einer einmaligen Vermögensabgabe, die nur ganz, ganz oben zulant.

Außerdem brauchen wir einen Marshall-Plan für Investitionen in die Infrastruktur, den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge. Schulen, Kliniken - wir müssen raus aus dem Verschleiß und rein in die Weltspitze. Und wir brauchen Sozialkassen, in die alle einzahlen. Nicht nur Arbeiter und Angestellte.

Janine: Harte Arbeit - ob auf dem Bau oder im Supermarkt, in der Kita oder im Krankenhaus - muss besser bezahlt werden! Wir setzen uns ein für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit - und eine Aufwertung der Arbeit in den sozialen Berufen ein. Die Rente muss den Lebensstandard sichern und endlich auch Frauen und Menschen mit niedrigen Löhnen vor Altersarmut schützen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Zugang zu guter Bildung nicht davon abhängt, in welche Familie ein Kind geboren wird. Corona hat ja zu eineinhalb verlorenen Jahren für Millionen junge Menschen geführt. Das wollen wir ändern.

Wir treten ein für einen Zukunftspakt für die Jugend und gute Bildung, der allen jungen Menschen in diesem Land echte Perspektiven ermöglicht - mit einer Ausbildungsplatzgaran-

tie und bezahlbaren Wohnungen, mehr Geld für Bildung und kostenfreie Kita-Plätze, sinnvolle wie klimafreundliche Arbeitsplätze mit Zukunft.

Sind Grüne und SPD die richtigen Partner, um dieses Land gerechter zu machen? CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt warnt ja bereits: „Wer Baerbock will, bekommt Dietmar Bartsch“...

Dietmar: Klingt nicht nach einer Warnung, sondern als wolle Maut-Dobrindt die Wählerinnen und Wähler motivieren (lacht). Nein, im Ernst: Die CSU, die hunderte Millionen bei der Maut versenkt und sich mit Masken die eigenen Taschen vollgemacht hat, sollte gar nicht anfangen, an roten Socken zu stricken. Das ist ewiggestrig. Aber es zeigt, warum diese Trümmertruppe raus aus der Regierung muss.

Janine: Ja, da will wohl jemand von der organisierten Korruption in der Union ablenken.

Wo seht ihr Gemeinsamkeiten? Welche Probleme könnte man gemeinsam mit den Grünen und der SPD angehen?

Dietmar: Wir sind die Anwältin der wahren Leistungsträger im Land. Derjenigen, die das Land während der Krise am Laufen hielten. Wir wollen unsere Stärke im Deutschen Bundestag nutzen, um die Interessen der Arbeitenden, seien es nun lohnabhängig Beschäftigte, Angestellte, Landwirte oder Gewer-

betreibende, um Arbeitslose, Studierende und Auszubildende parlamentarisch zu vertreten und deren Lage zu verbessern.

Soziale Sicherheit, höhere Löhne, niedrigere Steuern für kleine und mittlere Einkommen. Kinderarmut den konsequenten Kampf ansagen und Waffenexporte verhindern. Unser Ziel ist ein zweistelliges Wahlergebnis. Den Rest bitte am Wahlabend. Jede und jeder weiß aber, wir sind bereit Regierungsverantwortung zu übernehmen.

Janine: Es geht um eine bessere Zukunft und um ein besseres Leben im Hier und Jetzt. Kein Warten mehr und kein Vertrösten. Wir wollen einen grundlegenden Politikwechsel, nicht nur einen Regierungswechsel. Für uns stehen die Inhalte im Vordergrund: soziale Absicherung für alle, Menschenwürde in der Pflege und bezahlbares Wohnen, entschlossenen und gerechten Klimaschutz. Das ist in einer Regierung mit Union oder FDP nicht zu machen. Hoffnung auf soziale Veränderungen braucht Bewegung - und Menschen, die bereit sind, sich für eine bessere Zukunft zu engagieren. Wir stehen an der Seite der Gewerkschaften und der sozialen Bewegungen wie Black lives matter, Fridays for Future oder der Seebrücke. Vor und nach der Wahl.

Wir sind die neue Linksfraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt

Mit der neuen Legislaturperiode sind einige Veränderungen in unserer Landtagsfraktion verbunden. In der 8. Wahlperiode zählt die neue Fraktion 12 Abgeordnete. Nicht mehr dabei sind bedauerlicherweise Katja Bahlmann, Doreen Hildebrandt, Dagmar Zoschke und Kristin Heiß sowie Swen Knöchel und Andreas Höppner. Wir bedanken uns bei unseren ehemaligen Abgeordneten für die kollegiale Zusammenarbeit und ihr Engagement und wünschen für die Zukunft alles erdenklich Gute.

Gleichzeitig freuen wir uns mit Nicole Anger und Andreas Henke zwei neue Gesichter begrüßen zu dürfen. Die Magdeburgerin Nicole wird künftig für Gesundheitspolitik, Kinder- und Jugendpolitik sowie für Politik für Menschen mit Behinderungen zuständig sein. Andreas, ehem. Oberbürgermeister von Halberstadt, übernimmt die Bereiche Finanzen, Haushalt und Bevölkerungsschutz.

Dem neuen Fraktionsvorstand gehören Eva von Angern (Fraktionsvorsitzende), Thomas Lippmann (stell. Fraktionsvorsitzender), Christina Buchheim (stellv. Fraktionsvorsitzende) und Stefan Gebhardt (parlamentarischer Geschäftsführer) an.

Sachsen-Anhalt wird künftig voraussichtlich von einer Koalition aus CDU, SPD und FDP regiert. Das lässt nichts Gutes erwarten. Wir befürchten eine Regierung des sozialen Kahlschlags und des Rotstifts. Unsere Aufgabe wird darin bestehen, den Finger in die Wunde zu legen, wenn Sozialabbau, Privatisierungen im Bereich der Gesundheit und



Die neue Linksfraktion im Magdeburger Landtag; Foto: privat

Mangelverwaltung im Bildungswesen drohen. Wir werden als Fraktion gemeinsam mit der Partei und anderen Akteuren Druck auf die neue Landesregierung ausüben, damit sich die soziale Situation für unsere Kommunen nachhaltig verbessert. Sachsen-Anhalt braucht einen Rettungsschirm für unsere Städte und Gemeinden, damit diese auch in Zukunft Investitionen in die soziale und kulturelle Infrastruktur bewältigen können.

Die Hochwasserkatastrophe hat uns erneut und drastisch vor Augen geführt, dass Klimaschutz eine der zentralen globalen Herausforderungen unserer Zeit ist. Die neue Landesregierung wird sich auch daran messen lassen müssen, ob sie beispielsweise durch eine Mobilitätswende (Ausbau des Schienennetzes und des ÖPNV) und die Förderung erneuerba-

rer Energien ihren Beitrag zum Klimaschutz leistet. Um den Opfern der Flutkatastrophe ganz pragmatisch und unmittelbar zu helfen, hat die Fraktion bereits 8000 Euro gespendet.

Ohne Frage, die künftige Arbeit wird mit 12 statt 16 Abgeordneten keine Einfache. Die hohe Schlagzahl an Anträgen, Anfragen und Initiativen, mit der wir in der letzten Legislatur Spitzenreiter waren, werden wir so nicht fortführen können. Stattdessen wollen wir uns künftig stärker auf die Oppositionsarbeit konzentrieren: Wir werden unsere Kernthemen noch stärker in den Fokus rücken, für diese mobilisieren und so parlamentarischen und öffentlichen Druck aufbauen. Druck, den es braucht, um Sachsen-Anhalt für die Bürgerinnen und Bürger wieder attraktiver und lebenswerter zu machen.

Personalfucht bei AMEOS hat Ursachen

Sabine Dirlich

Seit einiger Zeit häufen sich Berichte über Stationsabmeldungen, nicht eingehaltene Rettungsfristen und Personalmangel in den Krankenhäusern der AMEOS Gruppe im Salzlandkreis. Der Grund und die Folge: überlastetes Personal, vor allem in der Pflege.

Daran wird nach Ansicht der LINKEN Kreistagsfraktion auch der seit 01. Juli geltende Manteltarifvertrag wenig ändern. Denn der Grund liegt nicht nur in der Bezahlung, auch an Wertschätzung des Personals fehlt es. AMEOS hat die Attraktivität als Arbeitgeber und Ausbildungsplatz verspielt. Die vorweihnachtlichen Kündigungen im Dezember 2019, die Blockadehaltung der Krankenhausleitung in den Tarifverhandlungen und während der Streiks und nicht zuletzt der Umgang mit dem extrem belasteten Personal in der Pandemie haben eine Personalfucht ausgelöst. Zahlreiche Ausgründungen und sogenannte Zentralisierungen hinterlassen ihre Spuren. Mit diesem Image lässt sich kein Fachpersonal anwerben, geschweige denn langfristig binden. Dies sind von AMEOS hausgemachte Risiken für die Gesundheitsversorgung im Landkreis. Vor dem Hintergrund einer möglichen „vierten Welle“ und dem nicht vorhersehbaren weiteren Verlauf der Pandemie steht die medizinische Versorgung im Salzlandkreis vor großen Problemen.

Die LINKE Kreistagsfraktion fordert von der AMEOS-Geschäftsleitung die uneingeschränkte Anwendung des Tarifvertrages



Die Fraktionsvorsitzende Sabine Dirlich; Foto: privat

für den öffentlichen Dienst, zukunftsfähige Arbeitsbedingungen und Anstand im Umgang mit dem Personal, um die versprochene medizinische Versorgung an allen Standorten im Salzlandkreis langfristig gewährleisten zu können.

Die derzeitige Situation wurde von der Fraktion seit Beginn der Privatisierungsbestrebungen befürchtet und öffentlich angemahnt. Gesundheit ist keine Ware! Es bedarf endlich Kontroll- und Einflussmöglichkeiten der Landkreisverwaltung und des Kreistages. Landrat und Kreistag sind für die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung zuständig. Doch ohne gesetzlich zugesicherte Eingriffsrechte bleiben sie ein zahnloser Tiger, vor dem AMEOS allenfalls die Schultern zuckt.

DIE LINKE Kreistagsfraktion meint: Stationsabmeldungen, vakante stationäre Gesundheitsversorgung, weiterer Angebotsabbau in den Kliniken im Salzlandkreis dürfen nicht ohne Reaktion bleiben. Land, Landrat und Kreistag müssen im Interesse der hier wohnenden Menschen aktiv werden. Gesetzesreformen stehen an. Die Beteiligten sollten handeln!



**Gegen den
Notstand:
Mehr Gehalt,
mehr Personal.**

Jetzt!

DIE LINKE.

Der etwas andere Regenbogen – CSD in Schönebeck

Tim Biermord, Linksjugend Salzlandkreis

Am 3. Juli 2021 fand im Salzlandkreis der erste Christopher-Street-Day (CSD) statt, dieses Ereignis geschah auf Initiative vom CSD Magdeburg. Neben zahlreichen Dragqueens wurden auch an Bauzäunen auch die verschiedenen Flaggen gehangen, welche über die Sexualitäten und Geschlechtsidentitäten aufklärte. Der ganze CSD gliedert sich in 2 große Phasen. Die erste Phase war eine Demo durch Schönebeck mit einem großen Wagen, wo ein Dj auflegte und einem kleineren Wagen. Auf dem kleineren Wagen waren Vertreter des „Freie Wuffel“ e.V. zu finden. Das ganze wurde von mehreren Dragqueens begleitet, welche auf Cabrios saßen oder in der Demo zu finden waren. In der Menge um die Akteure junge Menschen von 12-36 Jahren, allesamt mit oder in bunten Flaggen geschmückt. Dort kamen die verschiedensten Sexualitäten und Geschlechtsidentitäten zusammen, was ja für ein CSD bekannt ist, dennoch war dies nicht einfach eine bunte Regenbogenparade.

Diese Menschen suchen ihren Platz und Anerkennung in der Gesellschaft. In einer Gesellschaft, welche voll von Heteronormativen



Autokorso beim CSD in Schönebeck; Foto: privat

ist. Dabei ist an diesen Menschen nichts ungewöhnlich, lediglich eine andere Sexualität und/oder Geschlechtsidentität. Sie möchten akzeptiert werden wie du und ich. Was leider sehr schwer ist, wenn es immer noch Personen gibt, die behaupten: „Das ist nur eine Phase.“ oder „Du hastest nur noch nie einen richtigen Mann!“ Solche Aussagen sind leider Alltag für diese Menschen. Ich stellte mir nach diesem Tag die Frage: „Was können wir für diese Menschen tun?“

Natürlich ist mir bewusst, dass wir die

anhaltende Diskriminierung gegen queere Menschen nicht von heute auf morgen beenden können. Allerdings können wir diesen Menschen zuhören, ihnen Raum bieten und uns für sie einsetzen. Denn als moderne und gerechte Partei müssen wir uns auch mit der Zukunft beschäftigen. Diese jungen Menschen sind unsere Zukunft, umso wichtiger ist es den Kampf, den sie führen, mit ihnen zu führen. Denn auch im Sozialbereich sind diese von Diskriminierung betroffen, schließlich haben wir nicht umsonst im Programm zur Bundestagswahl viele Punkte für diese Community.

Neben Vertretern unsere Seite (Partei und Linksjugend) waren dort auch Vertreter von SPD, FDP und der Tierschutzallianz. Gerade den Auftritt der SPD finde ich lustig, denn diese haben vor ein paar Wochen erst gegen die Abschaffung des Transsexuellengesetzes gestimmt. Dennoch steht eins fest wir müssen uns dafür einsetzen, dass auch diese Menschen gehört werden. Wer sich über das Thema um die LGBTQI+ Community mehr informieren möchten kann sich gerne die Seite „queer-lexikon.net“ anschauen.

Jan Korte fordert mehr Geld für Kleingartenvereine in Sachsen-Anhalt

Jan Korte, Wahlkreisabgeordneter für Anhalt

Seit über 100 Jahren erfüllen Kleingärten in Deutschland eine wichtige städtebauliche, soziale und ökologische Funktion. Vor allem in Ostdeutschland und insbesondere in Sachsen-Anhalt, wo Kleingärten eine immense gesellschaftliche Bedeutung haben, ist diese durch den demografischen Wandel und den Wegzug vieler ehemaliger Kleingartennutzer zunehmend gefährdet. Daher ist es dramatisch, wenn allein in Anhalt-Bitterfeld aktuell mehr als 1200 Parzellen leerstehen. Jan Korte hat in den vergangenen Jahren deshalb mehrfach mit entsprechenden Kleinen Anfragen an die Bundesregierung die Situation der Kleingärten abgefragt (2011, 2017 und 2021). Der Antwort der Bundesregierung auf die aktuelle Kleine Anfrage „Leerstandsproblematik bei Kleingärten im ländlichen Raum“ (19/30156) ist zu entnehmen, dass derzeit rund 900.000 Kleingartenpächter in 19 Landesverbänden unter dem Dach des BDG organisiert sind. Vier bis fünf Millionen Menschen nutzen einen Kleingarten (Pächter, Familie, Freunde) in insgesamt 13.453 Kleingarten-Vereinen. Besonders in den östlichen Bundesländern wird gern in Vereinen gemeinsam gesät, gepflanzt und geerntet. Denn 8.883 Vereine befinden sich in Ostdeutschland. Allein in Sachsen-Anhalt gibt 12,18 Prozent aller Kleingärten.

Seit Jahren lässt sich jedoch ein deutlicher Rückgang der Kleingärten beobachten: Waren es 1990 noch rund 1,3 Millionen Kleingärten (850.000 in den neuen Ländern; 450.000 in den alten Ländern), so existierten im Jahr 2006



Jan Korte beim Kleingartenbesuch in Staßfurt; Foto: privat

bundesweit nur noch etwa 1,012 Millionen Kleingärten und 2018 schrumpfte ihre Zahl unter die 1-Millionen-Grenze auf etwa 960.000. Der Rückgang bei den Kleingärten seit den 1990er Jahren war dabei in Ostdeutschland überproportional stark und hält, zumindest in den ländlichen Regionen auch weiterhin an. Besonders Sachsen-Anhalt ist laut der Antwort der Bundesregierung mit 12 Prozent leerstehenden Parzellen besonders hart betroffen. Der Rückgang gegenüber 2013 betrug in Sachsen-Anhalt laut Angaben der Bundesregierung sage und schreibe 16.000 Parzellen! Bundesweit hat sich die Anzahl der leerstehenden

Worten rein gar nichts. Offensichtlich wird aus dem Garten einer Grunewaldvilla das Ganze eben achselzuckend als Kollateralschaden der Deindustrialisierung des Ostens hingenommen. Das ist absolut inakzeptabel. Jan Korte erwartet deshalb, dass Bund und Land die Kleingartenvereine nicht länger im Regen stehen lassen und endlich tragfähige Konzepte für eine Neunutzung der ungenutzten Flächen entwickeln. Die bisherige finanzielle Unterstützung für die Vereine beim Rückbau und Generationenwechsel reicht nicht aus und muss deutlich erhöht werden.

Pachtzellen von 45.000 (2013) auf 65.000 (2018), also um 44,44 Prozent, erhöht.

Leider sind auch dieser Antwort keine Lösungsstrategien oder Initiativen zur Behebung des Leerstands in ländlichen und strukturschwachen Regionen seitens Bundes- oder Landesregierung zu entnehmen. Obwohl das Problem von zunehmendem Leerstand der Bundesregierung schon seit mehr als zehn Jahren bekannt ist, kommt von ihr außer netten

Ostdeutschland bleibt Neuland – zum Einheitsbericht 2021

Matthias Höhn, Beauftragter der Linksfraktion für Ostdeutschland

„Der Einheitsbericht 2021 der Bundesregierung ist ein Dokument der Stagnation und der Entfremdung: Die großen Sprünge bei der Annäherung zwischen Ost und West passierten bereits in den 90er Jahren. Mittlerweile nähert sich die Wirtschaftskraft nur noch in Minischritten an. Zur Erklärung fällt auch dem aktuellen Ostbeauftragten nichts mehr ein als Nebelkerzen: Von flächendeckender Benachteiligung will Marco Wanderwitz nicht mehr reden, obwohl es sie nach wie vor gibt. Am Begriff der „Neuen Länder“ halte er fest, weil „ostdeutsch“ zu wenig Gemeinsames bezeichne; Begabtenförderung - irgendwann, später. Nur die Skepsis gegenüber der Politik ist für Wanderwitz einer besonderen Erwähnung wert“, kommentiert Matthias Höhn, Beauftragter für Ostdeutschland der Fraktion DIE LINKE den Bericht zur Deutschen Einheit. Höhn weiter:

„Wer so spricht, hat weder ein klares Bild vom Osten noch vom eigenen Job. Wanderwitz verdreht zudem Ursache und Wirkung. Wer über das Gefühl der Benachteiligung spricht,

darf über die Gründe nicht schweigen. Die Unterschiede zwischen Ost und West sind handfeste. Es geht um Geld, um Anerkennung und um den Platz für ostdeutsche Biographien in dieser Gesellschaft. Und beim Thema Demokratiefeindlichkeit geht es zuallererst um die Sicherheit für Leib und Leben derjenigen, die von rechts angegriffen werden. Das alles ist leider keine Kopf- sondern Tatsache.

Ein Einheitsbericht, der im Wirtschaftsministerium entsteht, sollte sich auch den Problemen bei Löhnen, Renten, Vermögen und mangelnden Chancen für Ostdeutsche stellen. Marco Wanderwitz macht jetzt allerdings auf Psychologieseminar - und das schlecht. Sein Fokus auf Demokratiefeindlichkeit im Osten ist berechtigt, aber ungläubig von Seiten der CDU. Während Wanderwitz davor warnt, nutzt der Ex-Präsident des Verfassungsschutzes genau diese auf dem Weg in den Bundestag. Eine Diktaturgeschichte gibt es nicht nur im östlichen Teil Deutschlands. Es ist gerade die Union, die seit Jahrzehnten die rechte Bedrohung des Gemeinwesens klein redet

und entsprechende Wählergruppen in Schutz nimmt.

All diejenigen, die sich für ein offenes, demokratisches und gleichberechtigtes Miteinander einsetzen, haben die CDU nicht an ihrer Seite - gerade im Osten. Statt Schaufensterreden braucht der Osten endlich gleichen Lohn und gleiche Arbeitszeit, neue Arbeitsplätze im Strukturwandel jenseits des Niedriglohnes und Neuansiedlungen des öffentlichen Dienstes in Größenordnungen. Es braucht Perspektiven für Zuzug und Rückkehrer. Es braucht eine Stärkung für diejenigen, die sich täglich gegen rechte Ausgrenzung und Hass stellen müssen und wollen, ein modernes Staatsbürgerschaftsrechts, einen Ausbau von Opferchutz und Beratungsstellen. All das sind die Themen des Ostens, aber nicht die Themen der CDU. Und auch nicht die Themen des Einheitsberichtes.“

Bericht von der Landesausschusssitzung

Ernst Hermann Brink, Mitglied im Landesausschuss

Die Beratung des Landesausschuss am 09.07.2021 befasste sich ausführlich mit der Auswertung der Landtagswahl. Am Anfang steht die bittere Einsicht, diese Wahlniederlage ist für DIE LINKE in Sachsen-Anhalt die schlimmste seit der allerersten Wahl 1990. Elf Prozent der WählerInnen im Land stehen noch zu der Partei. 1990 waren es immerhin noch zwölf Prozent und das, obwohl die PDS als Nachfolgerin der SED bei einem Großteil der Bevölkerung keinen guten Ruf hatte.

Warum steht es nun noch schlechter um unsere Partei? Wir sind in keiner guten Verfassung als Partei. Uns fehlt Gestaltungsmacht in der Opposition! Wir müssen erlebbarer werden und mehr jüngere Mitglieder mobilisieren. Gut waren Veranstaltungen mit prominenten Personen unserer Partei, das Auftreten der Direktkandidierenden, Infostände, die jedoch erst sehr spät möglich waren und unterschiedliche Reaktionen der Bevölkerung erlebbar machten. Hierbei stellten wir vermehrt fest: „Viele Bürger zählen uns zum Establishment.“ Auch Aktionen, wie Gespräche üben Gar-

tenzaun und an der Haustür waren gut. Dies sollten wir fortsetzen und unsere Politik mehr erläutern. Nicht zufriedenstellend waren zu spät bereitgestellte Kurzwahlprogramme, zu wenige Personenpostkarten, dass zum Teil in den Kreisen selbst noch Material erstellt werden musste. Das Einbinden der Basis in die Wahlprogrammerstellung war nicht gut, ebenso fehlte eine sachlich wertschätzende Diskussion innerhalb unserer Partei. Sehr unterschiedliche Einschätzungen gab es zum Plakat: „Nehmt des Wessis das Kommando“. Warum wurde das Plakat nicht gehängt? Was können/müssen wir anders machen? Wir müssen deutlicher zeigen wofür wir stehen, wir müssen mehr auf die BürgerInnen zugehen, erlebbarer werden. Wir müssen untereinander mehr und besser kommunizieren, sowie Personen mit dem inhaltlichen Wahlkampf verknüpfen. Die Politik der Partei muss darauf gerichtet sein Mitglieder zu aktivieren und Selbstaktivität zu ermöglichen. Ein Dank geht an alle Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer!

Dann gab es eine kurze Verständigung

zur Vorbereitung der Bundestagswahl. Der Wahlkampf muss sofort beginnen. Wir kämpfen um mindestens vier Listenplätze. Am 21. Juli wird unsere Kampagne vorgestellt. Es gibt acht Themenplakate, Personenplakate und -flyer. Alle Kreise haben auch Wagenknecht-Plakate bestellt. Der Straßenwahlkampf ist entscheidend. Wir gestalten zwei Seiten in der Wahlzeitung. Die Kreiswahlbüros sollten im Aktionsplan festhalten: Infostände (an Markttagen, in verschiedenen Regionen), Plakate hängen, Promitour, Flyer stecken, Eisaktion mit Direktkandidierenden (im Harz geplant), Sprühkreideaktionen.

Danach wurde der Rechenschaftsbericht 2020 zur Kenntnis genommen. Ebenso die Informationen zum gestiegenen Kommunalwahlfonds und zu den gestiegenen Guthaben in den Kreisen. Ebenfalls wurde der Finanzplan 2021 einstimmig beschlossen. Ein besonders wichtiges Thema für die Partei bleibt die Mitgliederentwicklung.

Verfehlte Landtagspolitik schlägt auf Kommune zurück

Klaus Magenheimer, Fraktionsvorsitzender

Wie sich das im konkreten Fall auswirkt, konnte man am 24. Juni im Staßfurter Stadtrat praktisch erleben.

Auf der langen Tagesordnung stand der Beschluss zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen für 4 fertiggestellte Straßen im Wert von etwa 950 000 Euro. In Kenntnis über den jahrelangen Streit auf diesem Gebiet im Landtag, kam für unsere Fraktion nur eine Ablehnung in Frage. In seinem Redenbeitrag erörterte der Fraktionsvorsitzende das Ergebnis der eingehenden Beratung. Die Mitglieder stimmten der Einschätzung der Landtagsabgeordneten Eisenreich und Buchheim zu, dass die Abschaffung der Beiträge perspektivisch ein Erfolg für die Bürgerinnen und Bürger des Landes, aber eben wegen der von der CDU

seit Jahren praktizierten Verzögerung kein Glanzstück der Koalition sei. Dieses seit Jahren überfällige Gesetz kommt viel zu spät, sei zwar gut gemeint, jedoch schlecht gemacht. Die sogenannte Kann-Regelung ist nur Vortäuschung falscher Tatsachen. Es gibt jedoch im Land kaum Kommunen, die auf das Geld der Bürger verzichten können. Staßfurt ist mit seiner Haushaltslage somit auch gezwungen, diese Beiträge zu erheben, denn das Land gleicht den Ausfall nicht aus. Diese ungleiche Belastung der Bürgerinnen und Bürger ist ein Versagen der Koalition, aber offensichtlich schon vergessen. Ein Gesetzesentwurf unserer Landtagsfraktion aus dem Jahr 2018 hätte eine solche Situation verhindern können. Die Straßenausbaubeiträge wären dann bereits

ein Jahr früher abgeschafft. Das Land wäre für die Mehrbelastung aufgekommen und die Bürgerinnen und Bürger hätten vor diesem Thema Ruhe und Sicherheit gehabt.

Die Vertreter von CDU, SPD und FDP im Stadtrat verteidigten mit ihren Redebeiträgen das Handeln ihrer Landtagsabgeordneten und sahen das Einziehen der Beiträge als alternativlos an, um andere Projekte, vor allem im Bildungsbereich nicht noch weiter zurückstellen zu müssen.

Das anschließende Abstimmungsergebnis brachte 10 Stimmen für die Abschaffung der Beiträge, aber 19 Zustimmungen für das Einziehen der Gelder von den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern. 4 Mitglieder enthielten sich.

Zum Tod von Esther Bejanaro

Jan Korte, 1. Parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion

Die Mitbegründerin und Vorsitzende des Internationalen Auschwitz-Komitees und Ehrenvorsitzende der VVN-BDA ist heute im Alter von 96 Jahren in ihrer Wahlheimat Hamburg gestorben.

Esther, die am 15. Dezember 1924 in Saarlouis geboren wurde, überlebte das Vernichtungslager Auschwitz, wo sie u.a. im Mädchenorchester zum täglichen Marsch der Arbeitskolonnen durch das Lagertor Akkordeon spielen musste. Im November 1943 kam sie in das KZ Ravensbrück und wurde als Zwangsarbeiterin im Siemenslager verpflichtet. Bei einem der berühmten Todesmärsche der KZ-

Häftlinge konnte sie wie durch ein Wunder 1945 fliehen. Nach dem Krieg emigrierte sie nach Palästina/Israel und kehrte 1960 mit ihrer Familie nach Deutschland zurück.

Als Jüdin, Linke und unermüdliche Kämpferin gegen Faschismus und für den Frieden engagierte sie sich bis zuletzt in zahllosen Initiativen und als Musikerin gegen Antisemitismus, Rechtsextremismus und Rassismus. Regelmäßig schlug DIE LINKE im Bundestag sie dem Bundestagspräsidenten als Rednerin in der Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus vor, zuletzt ich 2018 in meiner Funktion als 1. Parlamentarischer Geschäfts-

führer. Leider wurde stets nur dankend abgelehnt. Jetzt ist es zu spät und ihre Stimme verstummt. Aber die Erinnerungen an sie und ihr Appell an uns alle bleiben als Auftrag für die Zukunft: „Nie mehr schweigen, wenn Unrecht geschieht. Seid solidarisch! Helft einander! Achtet auf die Schwächsten! Bleibt mutig! Ich vertraue auf die Jugend, ich vertraue auf euch! Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!“

Liebe Esther, tausend Dank für alles! Du wirst uns unendlich fehlen.

Die DDR und die Internationale Friedensfahrt, Teil 5 (1963 bis 1965)

Uwe Käthner, DIE LINKE Bernburg

Am Ziel in Berlin stürmisch gefeiert, wiederholt die DDR-Mannschaft 1963 die Erfolge von 1960 mit Siegen in Einzel- und Mannschaftswertung sowie 5 Etappensiegen. Klaus Ampler trumpfte bei der „Prüfung der Wahrheit“ dem Zeitfahren in den Hügeln zwischen Bautzen und Dresden auf, distanzierte alle Kontrahenten um mehr als zwei Minuten und eroberte das Gelbe Trikot, das er bis zum letzten Zielstrich verteidigte. Der DDR-Mannschaft gelang es, die Siegesserie der sowjetischen Mannschaft zu stoppen. Auf der 13.Etappe von Dresden nach Erfurt eroberten sie die blauen Trikots. Dabei hatten sie noch Pech. Ampler lag wenige Kilometer vor dem Ziel mit Lebedjew in Führung, ein Defekt warf ihn zurück, doch er erreichte mit nur 37 Sekunden Rückstand als Zweiter das Ziel. Der Zeitfahrtsieg von Klaus Ampler war zugleich der 30.Etappensieg der DDR.

Kuba hatte 1964 eine Mannschaft entsandt, auch ein Team Afrika/Australien/Europa ging an den Start als Drei Kontinente-Team, in dem auch Tarek Aboul Zahab dabei war. Der kräftige Bursche Jan Smolik aus der CSSR triumphierte kräftig auf, die nach der dritten Etappe erkämpfte Spitzenposition verlieh ihm Flügel, so dass er sogar das schwere Einzelzeitfahren in den Bergen Thüringens vor allen anderen zu seinen Gunsten entschied.

Die DDR hatte in der Teamwertung die blauen Trikots von Anfang an bis zum Ziel nie abgegeben, aber den Einzelsieg von Jan Smolik hatten sie mit Günter Hoffmann als zweiten und Dieter Wiedemann als dritten nicht verhindern können. Smolik war erst der zweite Sieger der CSSR. Mit Dieter Mickein gewann ein neuer Fahrer für uns die erste Etappe. Die zweite Etappe brachte uns erneut einen Sieg im Mannschaftszeitfahren.

Täve war zum letzten Mal im Team und erreichte dabei den 17.Platz.

Das Jahr 1965 war wieder ein dominantes Jahr der UdSSR mit 7 Etappensiegen. Das Gelbe Trikot war nur in Besitz der Sowjetunion. Sechs Etappen führte Petrow und danach übernahm Lebedjew die Spitze bis zum dritten Gesamtsieg eines sowjetischen Rennfahrers. Auch in der Mannschaftswertung waren sie nicht zu besiegen. Der einzige Etappensieg der DDR gelang ihr im Mannschaftszeitfahren, zugleich der dritte in Folge. Die DDR erreichte am Ende den dritten Platz und in der Einzelwertung wurde mit Axel Peschel ein neuer Mann für die Zukunft sechster.

1963: 1.Klaus Ampler (DDR); Team: DDR

1964: 1.Jan Smolik (CSSR), 2.Günter Hoffmann (DDR), 3.Dieter Wiedemann (DDR); Team: DDR

1965: 1.UdSSR, 3.DDR

Die DDR und die Internationale Friedensfahrt, Teil 6 (1966 - 1968)

Uwe Käthner, DIE LINKE Bernburg

Die 19.Friedensfahrt 1966 endete mit dem knappsten aller bisherigen Länderwertungen, nur sechs Sekunden rettete die UdSSR-Mannschaft vor den Polen ins Ziel.

Bernard Guyot, mit großen Hoffnungen gestartet, geht nach drei Etappen in Führung und erringt den ersten französischen Gesamtsieg. Ausgerechnet auf seinem Spezialgebiet, dem Einzelzeitfahren wäre er fast noch gestolpert. Mit 5:06 min Rückstand wurde er im Finale nur Dreizehnter. Doch seine gefährlichsten Kontrahenten schnitten nicht besser ab. Der Wind hatte seine Hand im Spiel und sorgte für Überraschung, der auch den Gesamtsieg der UdSSR in den Blauen Trikots in Gefahr brachte. Axel Peschel konnte sich bei diesem Zeitfahren noch vom sechsten auf den dritten Platz verbessern, den die DDR-Mannschaft auch im Team erreichte. Für das DDR-Team war es zum zehnten Mal hintereinander ein Top-3 Platz. Der 12-malige dänische Trainer: Die Friedensfahrt auslassen, das ist bei uns in Dänemark

nicht denkbar. 1967 startete die Friedensfahrt bereits zu 20.Mal. Marcel Maes, 1967 Belgiens erster Toursieger wollte eigentlich nicht starten, die Fahrt sei ihm zu schwer. In den Bergen erweist er sich als Meister. Sein Mannschaftsleiter, überzeugt von Maes' Können überredete ihn schließlich und in Prag wurde er als erster belgischer Friedensfahrtsieger gefeiert. Die Mannschaft der CSSR und Jan Smolik dominierten am Anfang die Tour, aber zum Schluss triumphierte der Belgier, für dem die Berge am Ende kamen, auf der 13. Etappe fuhr er Jan Smolik auf und davon und übernahm das Gelbe Trikot und gab es nicht mehr ab. Gewinner des Tages waren auch die Mannschaften Polens und der der DDR. 15 Minuten knüpften sie jeweils der bis dahin führende CSSR ab. Die Polen legten damit den Grundstein für ihren ersten Mannschaftssieg nach neunzehn Jahren. Die mit vier Neulingen angetretene DDR-Mannschaft errang Platz 2.

Das Jahr 1968 war das Jahr des Axel Peschel.

Viele Favoriten, große Namen, Zehn Etappen ist Tscherkassow der Gelbe, dann gibt er auf. Vavra aus der CSSR löst ihn ab, nun hoher Favorit. Auf den letzten beiden Etappen fängt ihn Axel Peschel noch ab, 6 Sekunden vor ihm am Ende der 2352 km.

Die Norweger beklagten, keinen Masseur haben wir. In letzter Stunde fand man einen Ausweg. DDR-Eishockeymeister Dynamo Weisswasser stellte seinen Masseur zur Verfügung. In Ilmenau erlebte man eine Sensation, ein Norweger gewann das schwere Bergzeitfahren. Axel Peschel sorgte als vierter DDR-Fahrer für den 5.Einzelsieg. Allerdings wurde für das DDR-Team nach 10 Etappen in den Blauen Trikots nur Platz 2 erreicht.

1966: 1.Bernard Guyot (Frankreich, 3.Axel Peschel, Team: 1.UdSSR/3.DDR

1967: 1.Marcel Maes (Belgien), Team: 1.Polen/2. DDR

1968: 1.Axel Peschel, Team: 1.Polen/2.DDR

Hilfe und Solidarität mit den Opfern der Hochwasserkatastrophe sind das Gebot der Stunde

Eva von Angern, Stefan Gebhardt

Zu der Hochwasserkatastrophe in Teilen West- und Süddeutschlands und dem Hilfsangebot des amtierenden Innenministers Michael Richter erklären Eva von Angern, Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE, im Landtag von Sachsen-Anhalt und Stefan Gebhardt, Landesvorsitzender der Partei DIE LINKE:

„Den Opfern und Betroffenen der Hochwasserkatastrophe sprechen wir uns größtes Mitgefühl aus. Wir erinnern uns an die sog. Jahrhundertflut von 2002, als Mitteldeutschland von schwersten Überschwemmungen betrof-

fen war und fühlen mit den Menschen in den betroffenen Gebieten. Hilfe und Solidarität lautet das Gebot der Stunde. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir das Hilfsangebot des Innenministers. Wir erwarten von ihm, dass er seinen Worten jetzt konkrete Maßnahmen folgen lässt und die Öffentlichkeit darüber informiert“, so Eva von Angern, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt.

„Dieses schreckliche Extremwetterereignis führt uns erneut vor Augen, welche Folgen

der menschengemachte Klimawandel ganz konkret für die Menschen vor Ort hat. Klimaschutz ist und bleibt eine der dringlichsten Herausforderungen unserer Zeit. Es ist höchste Zeit, auf allen Ebenen die notwendigen Maßnahmen einzuleiten, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Andernfalls werden wir in Zukunft immer häufiger mit Extremwetterereignissen wie Überflutungen oder Dürreperioden zu kämpfen haben“, erklärt Stefan Gebhardt, Landesvorsitzender der Partei DIE LINKE, Sachsen-Anhalt.

Kreisvorstand und Redaktion gratulieren im Juli und August herzlich

Zum 99. Geburtstag
Anne-Christine Böhm

Zum 93. Geburtstag
Magdalena Sacher

Zum 89. Geburtstag
Herbert Eisfeld

Zum 85. Geburtstag
Friedel Müller

Zum 84. Geburtstag
Peter Eishold

Zum 82. Geburtstag
Hella Käthner

Zum 81. Geburtstag
Harald Rische

Zum 70. Geburtstag
Wolfgang Schalk

Zum 60. Geburtstag
Bernd Dietrich



Wir gratulieren auch allen anderen Mitgliedern unseres Kreisverbandes, die im Juli und August Geburtstag haben

Aktuelle Informationen zur Arbeit im Kreisverband gibt es auf www.dielinke-salzlandkreis.de

Mailverteiler des Kreisverbandes
Ergänzend zur LINKEN Zeitung gibt es 2-3 Mal im Monat Informationen zu aktuellen Entwicklungen per Mail. Bei Interesse am Mailverteiler des Kreisverbandes schickt uns bitte eure Mail-Adresse an dielinke-slk@t-online.de.

Aufruf zur Mitarbeit!

DIE LINKE Zeitung sucht ständig Artikel aus allen Regionen des Salzlandkreises. Außerdem freuen wir uns über weitere Mitstreiterinnen und Mitstreiter für die Redaktionsarbeit (Kontakt siehe rechts).

DIE LINKE.
Kreisverband Salzlandkreis

NEUER ORT für Kreisversammlung
Am **16.10.2021** sind alle Genossinnen und Genossen des Kreisverbandes herzlich zur nächsten **Kreisversammlung mit Vorstandswahl** eingeladen. Wir kommen **ab 10 Uhr in Staffurt, im Saal der Stadtwerke (Athenslebener Weg 15)** zusammen. Die Einladung folgt in der Septemбераusgabe der LINKEN Zeitung.

Plakatspende zur Bundestagswahl
Unter dem Motto „Nachbarn eine Freude machen“ können **Großflächenplakate** gespendet werden. Den genauen Ort des Plakates kann der Spender/die Spenderin natürlich selbst bestimmen. Mehr Infos gibt es online auf <https://plakatspende.die-linke.de>



Der Online-Workshop der LINKEN im Wahljahr: Immer geht es um praktischen Wahlkampf, aber jedes Mal zu einem anderen Thema, mit einem anderen Fokus und anderen Kniffs aus der Methodenkiste. Mehr Infos und Anmeldung unter www.die-linke.de

**Plakatspende:
Und den Standort
selbst bestimmen!**

Jetzt!

DIE LINKE.

Sitzung des Kreisvorstandes
Der Kreisvorstand wird am **01.09.2021 um 18 Uhr** zur nächsten Sitzung im Staffurter Fraktionsbüro zusammen kommen.

ClimatePartner^o
klimateutral

Druck | ID 11151-1701-1701

Die Linke Zeitung wurde klimaneutral auf Recyclingpapier gedruckt.

Einsendeschluss für die nächste DLZ ist der 02. September 2021.
Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 16. Juli 2021.

Herausgeber:

Kreisvorstand DIE LINKE, Salzlandkreis
www.dielinke-salzlandkreis.de
dielinke-slk@t-online.de
Postfach 1104, 06391 Bernburg

Redaktion :

Jörg Lemmert (V.i.S.d.P),
Klaus Magenheimer
Ernst-Hermann Brink
Andreas Schneidewind

Satz + Layout: Karsten Noack
Druck: Saxoprint

Bei nicht vereinbarten und nach Redaktionsschluss eingegangenen Artikeln kann die Veröffentlichung nicht garantiert werden.